

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

193

Inga Hogrefe

Die vererbte OHG-Beteiligung in der Nachlassinsolvenz der Erbengemeinschaft



Nomos

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 193

Inga Hogrefe

Die vererbte OHG-Beteiligung in der Nachlassinsolvenz der Erbengemeinschaft



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Kiel, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8326-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-2715-0 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Eltern und Lukas

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand Mai 2021. Da der zum Zeitpunkt der Drucklegung vorliegende Regierungsentwurf des Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz („MoPeG“) noch nicht durch den Bundestag verabschiedet wurde, konnten die voraussichtlich eintretenden Gesetzesänderungen nicht mehr Berücksichtigung finden. Das Resümee zeigt in einem kurzen Ausblick künftige Schwierigkeiten auf, die sich durch die beabsichtigten gesetzesrechtlichen Änderungen mit Blick auf den vererbten Personengesellschaftsanteil voraussichtlich ergeben werden.

Mein besonderer Dank gilt meinem verehrten Doktorvater Herrn Prof. Dr. Meyer-Pritzl für seine Unterstützung während der Promotionszeit. Herrn Prof. Dr. Werner Schubert danke ich insbesondere für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Zu Dank verpflichtet bin ich zudem der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel für die finanzielle Förderung während meiner Promotion durch das Landesgraduierstipendium.

Ein herzliches Dankeschön gilt weiterhin den Kollegen der Kieler Kanzlei Lauprecht Rechtsanwälte und Notare für die spannende und lehrreiche Zeit, die ich dort als Wissenschaftliche Mitarbeiterin während meiner Promotion erleben durfte. Insbesondere Herrn Johannes Ruppert bin ich für seinen Zuspruch und seinen stetigen Glauben an meine Fähigkeiten als Juristin tief verbunden.

Von ganz besonderem Wert ist für mich auch die Betreuung während meines Referendariats durch Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Martin Soyka und die sich daraus entwickelte Freundschaft. Durch seine konstruktiven Anmerkungen und seine tatkräftige Unterstützung hat er entscheidend an meiner juristischen Entwicklung mitgewirkt.

In tiefster Liebe bin ich meinen Eltern für Ihren Rückhalt und Ihre stets vorbehaltlose Unterstützung verbunden. Nur durch Sie war mir der erfolgreiche Abschluss meines rechtswissenschaftlichen Studiums überhaupt möglich.

Abschließend gilt mein innigster Dank von ganzem Herzen Lukas Lang. Worte können nicht beschreiben, wie groß und unermüdlich seine Unter-

Vorwort

stützung in den schweren Zeiten der Promotion und des Referendariats war. Meinen Eltern und ihm widme ich diese Arbeit.

Kiel, Mai 2021

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einleitung	13
2. Teil: Auswirkung der Verfahrenseröffnung auf die Mitgliedschaft	17
§ 1. Nachlasszugehörigkeit einer OHG-Beteiligung	17
A. Rechtsprechungsentwicklung	23
B. Theorie von der Umwandlung der Vermögenszugehörigkeit	27
C. Ergebnis	28
§ 2. Nachlassinsolvenzbeschlagnahme der Mitgliedschaft	29
A. Reichweite des Insolvenzbeschlagnahmes	31
B. Verfügungen über die Mitgliedschaft vor Verfahrenseröffnung	33
I. Beschränkung der Verfügungsbefugnis analog § 1365 BGB	35
II. Teleologische Reduktion des § 2059 Abs. 1 BGB	36
III. Dingliche Surrogation gem. § 2041 BGB	38
IV. Ergebnis	41
§ 3. Ausschluss des Gesellschafter-Erben aus der Gesellschaft	41
A. Die Nachlassinsolvenz als besondere Form der Gesellschafterinsolvenz	45
B. Entsprechende Anwendung des Ausschlusstatbestandes	46
C. Auslöserecht des Gesellschafter-Erben	51
I. Auslösung der Mitgliedschaft vor Verfahrenseröffnung	51
1. Anspruchsgrundlage eines Auslöserechts	53
a) Anwendung des § 268 Abs. 1, Abs. 3 BGB	53
b) Entsprechende Anwendung des § 2217 BGB	54
c) Entsprechende Anwendung der §§ 1973 Abs. 2 S. 2, 1992 BGB	55
2. Bestimmung der Auslösesumme	56
3. Zwischenergebnis	57
II. Auslösung der Mitgliedschaft nach Verfahrenseröffnung	58
1. Zustimmungspflicht des Nachlassinsolvenzverwalters	58
2. Zustimmung der Mitgesellschafter	59

Inhaltsverzeichnis

3. Wirtschaftliche Unfähigkeit zur Auslösung	60
D. Ergebnis	65
3. Teil: Masseanreicherungen und Massebelastungen	67
§ 1. Haftung der Masse für Gesellschafterverbindlichkeiten	68
A. Vor Eröffnung des Verfahrens begründete Gesellschafterverbindlichkeiten	69
I. Einordnung der Neugesellschaftsverbindlichkeiten als Nachlassverbindlichkeiten	69
1. Geschäftstätigkeit der OHG als Nachlassverwaltungsmaßnahme	72
2. Ordnungsgemäße Nachlassverwaltung	76
3. Nachlassverbindlichkeiten i.S.d. § 2046 Abs. 2 BGB	83
4. Ergebnis	84
II. Nachlasshaftung bei Zwischenneuschulden	84
1. Ablehnung der Stellung als OHG-Gesellschafter in der Schwebezeit	85
2. Verbleib als OHG-Gesellschafter	87
B. Nach Eröffnung des Verfahrens begründete Gesellschaftsverbindlichkeiten	88
C. Ergebnis	89
§ 2. Vermögenszuordnung der Gewinnansprüche	90
A. Dingliche Surrogation vor Verfahrenseröffnung	92
B. Dingliche Surrogation nach Verfahrenseröffnung	96
C. Ergebnis	96
§ 3. Vermögenszuordnung des Wertausgleichs	97
A. Modifizierte Abspaltungstheorie	100
B. Teilungstheorie	102
I. Interessenlage im Rahmen der Einzelrechtsnachfolge	106
1. Antragsberechtigung	109
2. Dauer des Antragsrechts	111
3. Zwischenergebnis	112
II. Interessenlage im Rahmen der Sondererbfolge	112
III. Ergebnis	115
C. Perpetuierung der Haftungslage	116
D. Verlust der Haftungseinrede bei Verfügungen	119
E. Entsprechende Anwendung des § 1981 Abs. 2 S. 2 BGB	121
F. Ergebnis	122

G. Lösungsvorschlag	123
I. Auseinandersetzung im Falle der Einzelrechtsnachfolge	124
II. Auseinandersetzung im Falle der Sondernachfolge	125
1. Die Anspruchsgrundlage des Wertausgleichsanspruchs	128
a) Gläubigergemeinschaft analog § 430 BGB	128
b) Lebzeitiger Vorempfang analog § 2050 BGB	128
c) Grundsätze der Teilungsanordnung	130
d) Auseinandersetzungsverfahren	131
e) Zwischenergebnis	134
2. Finaler Teilungsakt	134
3. Zusammenfassung	138
III. Ergebnis	139
4. Teil: Die Kompetenzen des Nachlassinsolvenzverwalters	142
§ 1. Problemstellung	142
A. Stand der Literatur	144
B. Die Rechtsprechung des Gesellschaftsrechtssenats	147
C. Unterschiedlicher Bewertungsmaßstab der Fremdverwaltungsformen	150
§ 2. Beschränkung auf die Vermögensrechte	152
A. Abspaltungsverbot	155
B. Höchstpersönlichkeit der Mitgliedschaft	157
C. Schutz der Mitgesellschafter	158
D. Verbot der persönlichen Verpflichtung des Gesellschafter-Erben	164
I. Reichweite der Verpflichtungsbefugnis des Nachlassinsolvenzverwalters	167
II. Nachlassinsolvenzrechtliche Beschränkung der Gesellschafterhaftung	170
E. Ergebnis	176
§ 3. Die Verwaltung der persönlichen Mitgliedschaftsrechte	176
A. Ausübung des Stimmrechts gem. § 119 HGB	177
I. Kernbereich der Mitgliedschaft	178
II. Vertragliche Stimmrechtsbeschränkungen	184
III. Gesetzliche Stimmrechtseinschränkungen	185
B. Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	186
C. Versammlungsbezogene Gesellschafterrechte	195
D. Auskunftsrechte	197

Inhaltsverzeichnis

E. Sonderrechte	199
F. Klagerechte des Gesellschafters	200
5. Teil: Ergebnis	202
§ 1. Zusammenfassung	202
§ 2. Resümee	204
Literaturverzeichnis	209